

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

27.03.2012

CDU Juristen warnen vor einer Diskussion um Justizstandorte in Baden-Württemberg

Landesvorsitzender Dr. Graf: „Unsere Justiz leistet an allen Standorten hervorragende Arbeit. Damit dies auch weiter möglich ist, müssen die bewährten Strukturen erhalten bleiben.“

Zu bevorstehenden heute mitgeteilten Entscheidung der Landesregierung über die künftig nur noch 12 Standorte der Polizeipräsidien im Zuge der Umsetzung der Polizeistrukturereform erklärte der Vorsitzende des Landesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen Baden-Württemberg (LACDJ), Dr. Jürgen Peter Graf:

„Der heute verkündete Beschluss, wonach die bisher 37 Standorte von Polizeipräsidien und Direktionen auf gerade einmal 12 Dienststellen reduziert werden sollen, lässt befürchten, dass die Polizeistrukturereform nur der erste Schritt in Richtung einer allgemeinen Zentralisierung sein wird, die dann auch vor der Justiz nicht halt macht.“ Im Grün-Roten Koalitionsvertrag sei dazu ausdrücklich festgehalten, dass *„die Justizstrukturen überprüft werden“* sollen.

Derartige Maßnahmen schwächten die Justiz in ihrer Gesamtstruktur und erschwerten die Geschäftsabläufe. Sie brächten den Prozessbeteiligten weitere Wege und bewirkten damit das Gegenteil von Bürgernähe. „Deswegen darf es gerade in einem großen Bundesland wie Baden-Württemberg keinen Rückzug der Justiz aus der Fläche geben,“ so Dr. Graf weiter.

Möglichen Plänen von Seiten der Landesregierung, Standorte von Gerichten und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg zusammenzulegen oder zu schließen, erteile der LACDJ daher eine klare Absage. Denn Standortschließungen in der Justiz wären ganz sicher der falsche Weg, um den strukturell defizitären Landeshaushalt zu entlasten. Die derzeitige gute Erreichbarkeit unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften sei auch ein wichtiger Standortfaktor für Baden-Württemberg.

Hier sei Justizminister Stichelberger aufgefordert, etwaigen Überlegungen von Kabinettsmitgliedern oder in den Regierungsfractionen, die Polizeireform auf die Strukturen der Justiz zu übertragen, energisch entgegenzutreten.

„Die Justiz in Baden-Württemberg ist im Bundesvergleich nach wie vor hervorragend aufgestellt. Die Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, dass dies so bleibt,“ schloss Dr. Graf.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.